



AUFBRUCH FÜR HESSEN
**100-TAGE-BILANZ
DER HESSISCHEN
LANDESREGIERUNG**

PRÄAMBEL

Die neue Hessische Landesregierung ist eine Koalition für alle Bürgerinnen und Bürger. Eine Koalition für ganz Hessen. Eine für alle.

Als erste demokratisch-christlich-soziale Koalition in der Geschichte unseres Landes haben wir die Arbeit konsequent aufgenommen und stellen zentrale Versprechen des Staates – wie Sicherheit und Wohlstand für alle – auf neue Grundlagen. Die Vielzahl der aktuellen Herausforderungen meistern wir im besten Sinne gemeinsam. Es ist dabei unser Anspruch, Probleme nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu lösen. So schaffen wir neues Vertrauen in unsere Demokratie.

Unser Sofortprogramm 11+1 für Hessen haben wir bereits vollständig umgesetzt. Und auch darüber hinaus waren die ersten 100 Tage dieser Koalition ein Kickstart. Mit über 80 Maßnahmen haben wir schnell geliefert und klare Schwerpunkte für unser Land Hessen gesetzt:

- Wir sorgen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger – ob auf den Straßen oder im Netz: Wir haben uns gegen jede Form von Kriminalität und Extremismus gestellt.
- Wir sind in eine aktive Wirtschaftspolitik eingestiegen und unterstützen unsere Unternehmen mit ihren Beschäftigten dabei, auch in Zeiten großer Umbrüche wettbewerbsfähig zu bleiben sowie für Wertschöpfung und gute Arbeit zu sorgen.
- Wir ermöglichen echte Chancen in der Bildungspolitik, beim Erwerb von bezahlbarem Wohnraum und bei der Gleichwertigkeit von Stadt und Land.
- Wir haben Familien in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt – von der frühkindlichen Bildung bis zur Pflege.

Mit dieser Renaissance der Realpolitik haben wir uns um die Themen gekümmert, die den Menschen wichtig sind. Wir stärken die Mehrheit und schützen Minderheiten. Wichtige Meilensteine sind auf den Weg gebracht. Weitere werden folgen. Das ist unser Beitrag für ein starkes Hessen, eine lebenswerte Heimat, ein innovatives Land.

I. Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Innenstadtoffensive gegen Kriminalität (Bestandteil des 11+1 Programms)

Die Innenstadtoffensive läuft! Innenstädte sind die Lebensadern jeder Stadt. Hier kommen Menschen zusammen, die sich dort so sicher wie möglich aufhalten sollen. Mit unserer Innenstadtoffensive bekämpfen wir Gewalt und Vandalismus, steigern die objektive Sicherheit durch konkrete polizeiliche Maßnahmen und erhöhen damit auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Am 23. Februar 2024 ist die Innenstadtoffensive in allen hessischen Polizeipräsidien gestartet. Der erhöhte Kontrolldruck, die verstärkte Polizeipräsenz und die ausgebauten Präventionsprogramme zeigen Wirkung. Seit dem Start der Innenstadtoffensive sind über 2.000 Kontrollen und dabei über 20.000 Personenkontrollen durchgeführt worden. Insgesamt waren über 10.000 Kräfte fast 70.000 Stunden im Einsatz.

Das erfolgreiche Programm werden wir kontinuierlich ausbauen und weiterentwickeln, z.B. durch konsequente Kontrollen des Cannabiskonsums. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen intensivieren wir durch gemeinsame Projekte. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns oberste Priorität.

Bahnhofsviertel Frankfurt

Wir setzen vor allem auch im Bahnhofsviertel Frankfurt unsere Innenstadtoffensive um. Mit erhöhtem Kontrolldruck, verstärkter Polizeipräsenz und durch gezielte Razzien wollen wir die objektive Sicherheitslage verbessern, aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen.

Wir begrüßen, dass die Stadt Frankfurt die Probleme erkannt hat und mit den Sicherheitsbehörden und der Polizei zusammenarbeitet, um die Situation des Bahnhofsviertels zu verbessern. Erste positive Ergebnisse sind bereits erkennbar, dennoch braucht es einen langen Atem und ein Zusammenspiel aller Beteiligten.

Restriktive Umsetzung des Cannabis-Gesetzes

Das Inkrafttreten des Cannabis-Gesetzes im April 2024 bringt erhebliche gesundheitliche Risiken, vor allem für Heranwachsende, sowie Herausforderungen im Bereich Sicherheit mit sich.

Wir werden das Gesetz daher restriktiv und mit strikten Überwachungen der vorgeschriebenen Einschränkungen umsetzen. Dazu gehören die konsequente Kontrolle der bei Cannabis-Konsum festgelegten Abstandsregeln zu Schulen, Kitas, Spiel- und Sportplätzen, Cannabisverbotszonen sowie strenge Kontrollen im Straßenverkehr.

Arbeitgeberoffensive für die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen

Hessen steht für eine leistungsgerechte, amtsangemessene und konkurrenzfähige Beamtenbesoldung und für eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst. Im Wettbewerb um die besten Köpfe und Fachkräfte wollen wir weiterhin vorne mit dabei sein.

In der Tarifrunde 2024 für die rund 56.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen haben wir uns im März 2024 auf einen fairen Tarifabschluss geeinigt. Bedeutung und Einsatz der Beschäftigten müssen sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Deshalb wurde auch in Zeiten einer angespannten Haushaltslage ein deutliches Lohnplus vereinbart. Die Zahlung eines einmaligen steuerfreien Inflationsausgleichs in Höhe von 3.000 im Jahr 2024 und ein ordentliches Lohnplus in Höhe von 200 Euro ab Februar 2025 und in Höhe von 5,5 Prozent ab August 2025 (mind. 340 Euro).

Die Auszahlungen des Inflationsausgleichs (jeweils 1.000 Euro im Mai, Juli und November 2024) befinden sich in Vorbereitung. Das Verhandlungsergebnis werden wir schnellstmöglich gleichzeitig und systemgerecht auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter übertragen. An der gesetzlichen Regelung wird bereits gearbeitet.

Weitere Verbesserung der Ausstattung und Ausrüstung der hessischen Polizei

Die hessische Polizei soll auch weiterhin optimale Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit und eine möglichst effektive Verbrechensbekämpfung haben. Deshalb werden wir weiterhin auf hohem Niveau in moderne Ausstattung und Ausrüstung investieren.

Der Einsatz von Tasern hat sich bewährt. Durch die kürzlich erfolgte Beschaffung weiterer Geräte wird sich die Anzahl nahezu verdreifachen. Damit stellen wir für die hessischen Polizistinnen und Polizisten eine flächendeckende Verfügbarkeit sicher. Die darauf aufbauende Ausbildung zur Nutzung der Taser soll bis Ende Juni 2024 abgeschlossen sein.

Fortsetzung der Digitalisierungsstrategie der Polizei

Unsere Polizistinnen und Polizisten arbeiten schon heute hocheffizient. Mit fortschreitender Digitalisierung werden sie noch effizienter und erhalten zudem mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit: Für die Sicherheit von uns allen zu sorgen.

Die Fortentwicklung mobiler IT und von speziell für die Polizeiarbeit entwickelten Apps für die 22.500 mit Smartphones ausgestatteten Bediensteten der hessischen Polizei treiben wir weiter voran. Seit Mitte April 2024 steht die Strafanzeigen-App in allen zehn hessischen Modellrevieren rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung. Mit der Strafanzeigen-App können die Beamtinnen und Beamten Anzeigen unkompliziert und schnell mit dem Smartphone von unterwegs aufnehmen. Das spart viel Zeit. Ziel ist es, die Strafanzeigen-App bis zur Europameisterschaft im Sommer flächendeckend allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Polizei zur Verfügung zu stellen.

Stärkung der Analysefähigkeit der Polizei zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch

Um Täter effektiver zu verfolgen und abscheuliches Leid zu verhindern, werden wir die schnelle und zielgerichtete Auswertung großer Datenmengen verbessern. Denn die Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und der Erstellung sowie Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen ist ein Massendatenphänomen.

Daher haben wir Mitte April die neue Forensikstraße im INNOVATION HUB 110 in Betrieb genommen. Die Forensikstraße ermöglicht die zentrale und effiziente Auswertung forensischer Asservate nach einheitlichen Qualitätsstandards. So ermöglichen wir eine schnellere und zentrale Auswertung für die gesamte hessische Polizei. Den bereits 2020 ins Leben gerufenen INNOVATION HUB 110 werden wir weiterentwickeln und stärken.

Bundesratsinitiative zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes

Die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Sommer 2021 und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben gezeigt, welche schwerwiegenden Auswirkungen externe Ereignisse auf unseren Alltag haben können. Umso wichtiger ist die bestmögliche Vorbereitung auf solche Ereignisse.

Bund und Länder müssen hierbei Hand in Hand gehen. Es ist dringend erforderlich, dass auch der Bund seine Anstrengungen im Bereich Bevölkerungsschutz intensiviert und die zugesagten Mittel für den „Stärkungspakt Bevölkerungsschutz“ bereitstellt. Daher hat Hessen Mitte März 2024 den Entschließungsantrag „Umfassende Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Bund und Länder“ in den Bundesrat eingebracht. So stellen wir die zentrale Bedeutung einer umfassenden Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Bund und Länder heraus und erinnern die Bundesregierung an ihre Verantwortung für den Zivilschutz.

Stärkung der Interessen und Anliegen der Heimatvertriebenen in Hessen

Heimatvertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind ein fester und prägender Bestandteil der hessischen Gesellschaft. Sie bereichern die kulturelle Vielfalt. Den besonderen Bedürfnissen und Interessen Heimatvertriebener und spätausgesiedelter Deutscher wollen wir auch zukünftig in besonderer Weise Rechnung tragen.

Im März 2024 wurde MdL Andreas Hofmeister von der Hessischen Landesregierung zum Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Damit machen wir deutlich, dass die Förderung der kulturellen und sozialen Arbeit der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler für uns auch weiterhin von großer Bedeutung ist.

Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge

Unsere Kommunen sind häufig der erste Ansprechpartner für unsere Bürgerinnen und Bürger. Um eine bürgernahe und gleichzeitig effiziente Verwaltung zu ermöglichen, unterstützen wir unsere Städte, Gemeinden und Landkreise auch weiterhin dabei, freiwillig miteinander zu kooperieren und in möglichst vielen Bereichen zusammenzuarbeiten. Mit der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) werden wir wichtige Ressourcen bündeln und Knowhow sicherstellen.

Bis Ende April 2024 fördern wir mindestens sechs Projekte der IKZ mit Mitteln in Höhe von 800.000 Euro und stärken so die kommunale Daseinsvorsorge.

II. Hessisches Ministerium der Finanzen

Kabinettsbeschluss zum Hessengeld (Bestandteil des 11+1 Programms)

Das Hessengeld ist beschlossen! Bezahlbares Wohnen ist ein Grundbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger, und der Erwerb einer Wohnung oder eines Häuschens für die Familie ist ein Ziel, das für die gesellschaftliche Mitte in Hessen erreichbar sein muss. Angesichts deutlich gestiegener Zins- und Baukosten ist der Erwerb von Wohnraum für viele Bürgerinnen und Bürger und insbesondere junge Familien allerdings zunehmend schwierig. Die Hessische Landesregierung geht diese Herausforderung aktiv an und wird den Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum fördern.

Aus diesem Grund wollen wir uns beim Bund im Rahmen einer Grunderwerbsteuerreform dafür einsetzen, dass die Länder eigene Freibeträge für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohnraum schaffen können. Bis der Bund eine tragfähige Grunderwerbsteuerreform anstößt, wollen wir mit einem Hessengeld für das erste selbstgenutzte Eigenheim in Vorleistung treten. Die Eckpunkte wurden Mitte April 2024 im Kabinett beschlossen. Wir haben das klare Ziel, noch in diesem Jahr die ersten Auszahlungen vorzunehmen.

Ansiedlung der Anti-Geldwäschebehörde AMLA

Mitte Februar 2024 erfolgte die Entscheidung der EU für Frankfurt am Main als Sitz der neuen Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (AMLA). Wir haben uns in Brüssel und Berlin intensiv und erfolgreich für die Ansiedlung der neuen Behörde in Frankfurt eingesetzt. Insbesondere das gemeinschaftliche Engagement von Bund, Land und Stadt Frankfurt hat zum Erfolg der Bewerbung geführt.

Wir unterstützen die Ansiedlung der AMLA durch die Bereitstellung eines Anteils der deutschen Anschubfinanzierung. Auch den Aufbau der neuen Behörde werden wir mit voller Kraft unterstützen und begleiten, z.B. durch die Organisation eines „Welcome Centers“ für die AMLA-Beschäftigten. Der Finanzplatz Frankfurt baut seine Stellung als führender Finanzstandort Kontinentaleuropas mit der Ansiedlung der AMLA weiter aus.

Haushalt 2023 ohne neue Schulden

Hessen steht für solides und generationengerechtes Haushalten. Es ist daher unser gemeinsames Ziel, mit dem Geld auszukommen, das uns von den Bürgerinnen und Bürgern anvertraut wurde. Nur so sind auch künftig Investitionen in die Zukunft möglich.

Anfang 2024 konnten wir das Haushaltsjahr 2023 abschließen. Dank guter Haushaltsführung konnten wir trotz einbrechender Steuereinnahmen auf die ursprünglich vorgesehene Neuverschuldung verzichten und das Jahr mit einem ausgeglichenen Haushalt beenden. Auch in Zukunft werden wir, wann immer möglich, auf neue Schulden verzichten.

Energiekostenhilfe für Vereine

Vereine sind ein zentraler Bestandteil bürgerlichen Engagements und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb unterstützen wir Vereine angesichts der stark gestiegenen Energiekosten in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit einer Energiekostenhilfe.

Die bestehende Energiekostenhilfe für Vereine wird fortgeführt. In einer ersten Runde konnten bereits 700 Anträge bewilligt und rund 2,3 Millionen Euro ausgezahlt werden. Im März 2024 haben wir entsprechende Regelungen verlängert, so dass die Vereine nun für das ganze Jahr 2023 und für fast das ganze Jahr 2022 Hilfe beantragen können. Die Vereine können noch bis Ende Mai 2024 Unterstützung beantragen. Wir werden sie auch danach weiter in ihrem wichtigen Engagement stärken.

Erledigungsquote Grundsteuer

Die Reform der Grundsteuer ist eine der größten Steuerreformen der vergangenen Jahrzehnte. Sie wird in Hessen mit einem vergleichsweise einfachen Modell umgesetzt werden – anders als in vielen anderen Ländern.

Hessen kommt bei der Umsetzung der Grundsteuerreform sehr gut voran. Bereits mehr als 95 Prozent der Bescheide über den Grundsteuermessbetrag wurden von den Finanzämtern verschickt. Die Hessische Steuerverwaltung wird den Kommunen zudem wie geplant im Sommer eine Hebesatzempfehlung geben, um die politisch zugesagte Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform vor Ort zu ermöglichen.

Fusion von Finanzämtern

Die Hessische Steuerverwaltung stellt sich zukunfts fest auf. Sie bündelt Kompetenzen, wann immer dies sinnvoll ist, und stärkt den ländlichen Raum. Zudem baut sie Doppelstrukturen ab.

Als Beitrag zum Bürokratieabbau wurden die fünf bisher selbstständigen Frankfurter Finanzämter und die beiden Finanzämter in Offenbach Anfang März zu jeweils einem Amt fusioniert. Durch die Bündelung fachlicher Kompetenzen sowie eine gezielte steuerfachliche Spezialisierung wird eine effiziente Bearbeitung unterschiedlicher steuerlicher Anliegen ermöglicht. Die in den vergangenen Jahren angestoßenen Veränderungen im Rahmen der Strukturreform der Steuerverwaltung werden sukzessive umgesetzt.

Bestnote für Hessens Kreditwürdigkeit

Hessen steht für solide Finanzen. Um dies zu bestätigen, lassen wir Hessens Bonität offen und objektiv von einer unabhängigen Ratingagentur dokumentieren. Damit können Kapitalgeber im In- und Ausland das Risiko beim Erwerb von Anleihen des Landes besser einschätzen.

Hessen hat durch die europäische Ratingagentur Scope jüngst die Bestnote „AAA“ erhalten. Insbesondere die solide Haushaltspolitik, das starke Engagement für die Schuldenbremse und das ausgezeichnete Finanz- und Liquiditätsmanagement des Landes wurden hervorgehoben. Auch Hessens wirtschaftliche Aussichten werden positiv bewertet. Die Transparenz zahlt sich aus: Je besser das Rating, desto niedriger sind die Auf- oder Abschläge zu den Kapitalmarktzinsen, die das Land für seine Anleihen bezahlen muss.

Themenpapier Demokratiefeste Verwaltung

Die Hessische Finanzverwaltung steht für Vielfalt und tritt jeder Form von Diskriminierung entschieden entgegen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine demokratiefeste Verwaltung.

Um diese Zielsetzung zu vermitteln, führen wir eine Vielzahl von Maßnahmen durch. Sie alle werden im Themenpapier Demokratiefeste Verwaltung gebündelt, das über Jahre hinweg entwickelt und in diesem Frühjahr vorgestellt wurde. Unser Einsatz für

Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wird stetig an neue, auch gesellschaftliche Herausforderungen angepasst. Auch das Themenpapier wird daher weiterentwickelt.

III. Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat

Bundratsinitiative zur IP-Adressdatenspeicherung (Bestandteil des 11+1 Programms)

Die Bundratsinitiative zur IP-Adressdatenspeicherung ist eingebracht! Eine verbindliche Speicherung von IP-Adressen ist für die erfolgreiche Bekämpfung schwerer Straftaten, vor allem im Bereich Kinderpornografie und Kindesmissbrauch, im digitalen Zeitalter unverzichtbar. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Bundesregierung unverzüglich und vollumfänglich die rechtlichen Möglichkeiten zur IP-Adressdatenspeicherung, insbesondere zur Bekämpfung schwerer Kriminalität, ausnutzt.

Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der die Bundesregierung dazu auffordert, alle Spielräume zu nutzen, die der Europäische Gerichtshof für die Speicherung von IP-Adressen für einen begrenzten Zeitraum vor allem zur Bekämpfung schwerer Kriminalität ermöglicht.

Einrichtung eines Commercial Court und einer Commercial Chamber in Frankfurt

Frankfurt ist einer der wichtigsten internationalen Finanzplätze Europas. Dies erfordert die Stärkung des Gerichtsstandorts Frankfurt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Justiz im Vergleich zur Schiedsgerichtsbarkeit zu steigern. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Handels- und Wirtschaftsstreitigkeiten und mehr englischsprachigen Verfahren. In diesem Zuge sollen ein Commercial Court am Oberlandesgericht Frankfurt und eine Commercial Chamber am Landgericht Frankfurt eingerichtet und die dafür notwendigen Stellen geschaffen werden.

Für die vorgeschlagenen Modelle wird derzeit ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet. Eine erste Arbeitssitzung auf Fachebene fand Mitte März 2024 statt. Nach der Konkretisierung kann die Suche nach geeigneten Immobilien beginnen. Ziel ist, dass die Einrichtung der Institutionen in der ersten Jahreshälfte 2025 erfolgen kann.

Mentoringprogramme an Verwaltungsgerichten

Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass gerichtliche Asylverfahren schneller bearbeitet werden können. Dafür soll die Verwaltungsgerichtsbarkeit mit weiteren Stellen gestärkt und bestimmte Asylverfahren an einzelnen Verwaltungsgerichten konzentriert werden. Zusätzlich sollen Proberichterinnen und

Proberichtern bereits nach drei Monaten Asylverfahren als Einzelrichterin bzw. Einzelrichter entscheiden können. Zur Unterstützung der jungen Verwaltungsrichterrinnen und -richter wird ein Mentoringprogramm gestartet.

Eröffnung der ersten gemeinsamen Asservatenstelle von Justiz und Polizei

Eine noch engere Zusammenarbeit von Justiz und Polizei trägt zu unserer Sicherheit bei. Durch die Zentralisierung der Asservatenverwaltung an einem gemeinsamen Standort schaffen wir die Grundlagen für nachhaltige Effizienz- und Synergieeffekte.

Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde Anfang März 2024 eine gemeinsame Asservatenstelle von Justiz und Polizei in Frankfurt bezogen. Dort lagerten bereits zum Zeitpunkt der Eröffnung rund 60.000 Asservate der Polizei und über 200.000 Asservate der Justiz. Nach Evaluation des Pilotprojekts werden weitere Kooperationsprojekte auf diesem Gebiet zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei geprüft.

Ausbau der Häuser des Jugendrechts

Präventionsprogramme sind gerade hinsichtlich des aktuellen Anstiegs der Kinder- und Jugendkriminalität von zentraler Bedeutung. Wir wollen alle möglichen Maßnahmen ergreifen, damit unsere Kinder und Jugendlichen keine Straftaten begehen.

Das Erfolgsmodell der Häuser des Jugendrechts, in denen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach zusammenarbeiten, bauen wir daher aus.

Innovationsforum – KI in der hessischen Justiz

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) macht unsere Justiz noch effizienter und ermöglicht eine effektivere Bearbeitung von Massenverfahren. Denn auch die Justiz muss beim Einsatz von KI mit den technologischen Entwicklungen Schritt halten, um ihren Auftrag effektiv zu erfüllen. Mit der Einführung der elektronischen Akte in der hessischen Justiz wird die Grundlage dafür geschaffen, Arbeitsprozesse mittels KI zu unterstützen.

Als weiteren Baustein wurde das Konzept des Innovationsforums als zentrale Plattform für Innovationen in der hessischen Justiz, als Sammelpunkt und als Sprungbrett für neue Ideen fertiggestellt.

Modernisierungsoffensive der Justizinfrastruktur

Eine leistungsfähige Justiz benötigt eine entsprechende Infrastruktur. Mit dem Großbauprojekt am Justizstandort Frankfurt mit einer Dauer von mindestens zwölf Jahren und Bauinvestitionen im mittleren dreistelligen Millionenbereich erhalten wir den größten hessischen Justizstandort nachhaltig und entwickeln ihn weiter. Die Baumaßnahmen am Gebäude, der Infrastruktur und der Sicherheitstechnik schaffen die Voraussetzungen für einen modernen Gerichtsbetrieb mit besseren Bedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und alle Verfahrensbeteiligten. Auch die Durchführung von Großverfahren mit einer Vielzahl an Beteiligten werden so vereinfacht. Erste Gebäudeteile wurden bereits eröffnet.

Bündelung von Asylverfahren Verwaltungsgericht Gießen

Schnelle Entscheidungen bei Asylverfahren sind sowohl im Interesse Hessens als auch der ankommenden Personen. Dadurch können die Anstrengungen zur Integration auf Personen mit einer echten Bleibeperspektive fokussiert und Asylbewerber ohne einen Anspruch auf Asyl rückgeführt werden.

Um die Verfahren zu beschleunigen, bündeln wir alle neu eingehenden Fälle aus sicheren und seltenen Herkunftsstaaten beim Verwaltungsgericht in Gießen. Diese Maßnahme werden wir nach Erhebung der statistischen Daten der ersten sechs Monate evaluieren, um weiteren Handlungsbedarf zu erkennen.

IV. Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen

Eine zusätzliche Deutschstunde (Bestandteil des 11+1 Programms)

Die Deutschförderung wird ausgebaut! Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine Grundvoraussetzung für den schulischen Erfolg, für die Integration in unsere Gesellschaft und für den weiteren Lebensweg. Es bedarf klarer Regeln in der Rechtschreibung, weiterer Impulse in der Deutschförderung und einer Intensivierung des Deutschunterrichts.

Wir haben deshalb schon jetzt die Grundlagen für eine zusätzliche Deutschstunde in der ersten und zweiten Klasse gelegt. Für eine zusätzliche Deutschstunde in Jahrgangsstufe 1 und 2 wird die Verordnung über die Stundentafel angepasst. Die Umsetzung startet zum nächsten Schuljahr hessenweit zunächst in der Jahrgangsstufe 2.

Darüber hinaus haben wir mit dem Pilotprojekt einer zusätzlichen Deutschstunde in der dritten und vierten Klasse begonnen, an dem aktuell 16 Grundschulen teilnehmen. Seit April können die Schulen eine Deutschstunde mehr in der Woche unterrichten und dafür eine der beiden Englischstunden verwenden.

Stärkung der Demokratiebildung

In diesem Jahr feiern wir 75 Jahre Grundgesetz – die Geburtsstunde unserer Bundesrepublik Deutschland. Die Demokratie muss aber immer wieder von Neuem verteidigt werden. Extremismus und Antisemitismus sind mit der Werteordnung unseres Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen nicht vereinbar. Hass und Hetze missachten die Würde des Menschen und stellen das friedliche Zusammenleben in einer freien Gesellschaft in Frage. Deshalb muss der Wert des Grundgesetzes und der Landesverfassung für unsere Demokratie wieder stärker in das Bewusstsein aller Menschen gerückt werden, vor allem auch der Schülerinnen und Schüler. Die Schulen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Als eine Maßnahme zur Demokratiebildung haben wir eine kommentierte und aktualisierte Fassung der Broschüre „Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ erstellt. Alle Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse werden diese im Juni erhalten.

Austausch mit israelischen Schülerinnen und Schülern

Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen – zum Schutz des Staates Israel, gegen Judenhass und gegen antisemitische Strömungen. Wir möchten in Hessen die Schulpartnerschaften mit Israel weiter fördern, um unseren Schülerinnen und Schülern Weltoffenheit und ein historisches Verständnis zu vermitteln.

Deshalb haben wir israelische Schülerinnen und Schüler, die unter den Folgen des Terrorangriffs vom 7. Oktober 2023 sowie der aktuell angespannten Lage leiden, nach Hessen eingeladen. Die Jugendlichen kommen aus betroffenen Kibbuzen. Für eine Woche wollen wir die jungen Menschen mit einem vielfältigen Programm unterstützen und ihnen zumindest zeitweise Ablenkung und Normalität ermöglichen. Ein Gegenbesuch in Israel ist geplant, sobald das wieder möglich ist.

Abbau von Einstiegshürden für qualifizierte ausländische Lehrkräfte

Um dem Lehrkräftebedarf auch in den nächsten Jahren zu entsprechen, werben wir für den Lehrerberuf und bauen Einstiegshürden ab. Lehrkräfte aus dem Ausland benötigen für die vollständige Anerkennung ihrer Qualifikation häufig ein zweites Unterrichtsfach. Zudem bestehen mitunter Sprachbarrieren im Hinblick auf die Ausübung des Berufs als Lehrkraft. Eine durch das Land begleitete Maßnahme soll diese Lehrkräfte schnell für den Einsatz in der Schule qualifizieren.

Deshalb passen wir die entsprechende Verordnung für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen an. So ermöglichen wir Personen mit einer ausländischen Lehrerberufsqualifikation berufsbegleitend den Erwerb eines zweiten Unterrichtsfachs durch einen Kurs bei der Lehrkräfteakademie. Nach Abschluss erhalten sie einen vollständigen Berufszugang mit der Perspektive einer Verbeamtung. Die Einstellungen erfolgen im laufenden Schulhalbjahr. Die Qualifizierung beginnt zum neuen Schuljahr.

Fortführung und Weiterentwicklung des innovativen Schulfachs „Digitale Welt“

Schülerinnen und Schüler sollen umfassend auf die Anforderungen der digitalen Gesellschaft vorbereitet werden. Das Unterrichtsfach „Digitale Welt“ ist ein wichtiger Schritt, um den Schülerinnen und Schülern die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Durch die Integration der Fachbereiche Ökonomie und Ökologie sollen sie nicht nur digitale Kompetenzen entwickeln, sondern auch ein Verständnis für die ethischen, rechtlichen und sozialen Aspekte der digitalen Welt erlangen.

Diesen Weg gehen wir an immer mehr Schulen. Die Erweiterung des Schulfachs „Digitale Welt“ wird im Schuljahr 2024/2025 an den bestehenden 64 Pilotschulen konsolidiert. Im kommenden Schuljahr sollen weitere Pilotschulen aufgenommen werden. Darauf aufbauend werden wir einen Stufenplan zur Umsetzung des Fachs in den Regelbetrieb erarbeiten. Hierbei werden wir die Rückmeldungen der Evaluation aus der ersten und zweiten Pilotphase sowie die wissenschaftliche Begleitung berücksichtigen.

„KI4S‘cool“ in Zusammenarbeit mit der LMU-München

Um Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der digitalen Zukunft vorzubereiten, wollen wir individuelle Lernprozesse durch die Erprobung eines KI-basierten Assistenz- und Feedbacksystems nutzen und die Integration von KI in den Schulunterricht vorantreiben.

Das Projekt „KI4S‘cool“ wird als wissenschaftliche Studie im Physikunterricht der Jahrgangsstufe 11 durchgeführt. Die fachliche und datenschutzrechtliche Prüfung haben wir abgeschlossen. Nun folgt die konkrete Umsetzung. Die ersten Informationsveranstaltungen mit der LMU wurden bereits durchgeführt.

Ausbau ganztägiger Angebote an Schulen

Ausreichende und qualitativ hochwertige ganztägige Angebote an Schulen sind eine Voraussetzung erfolgreicher Bildung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen. Deshalb fördern wir ganztägige Angebote, um die Bildungschancen zu erhöhen und eine steigende Erwerbstätigkeit der Eltern zu ermöglichen.

Im aktuellen Schuljahr nehmen mehr als 400.000 Schülerinnen und Schüler ein ganztägiges schulisches Angebot wahr. Die Landesregierung setzt rund 4.700 Stellen für den Ausbau ganztägiger Angebote ein. Um diesen Weg weiter zu gehen, haben wir die Grundlagen für einen Ausbau der Ganztagsbetreuung geschaffen. So werden die ganztägigen Angebote an rund 300 Schulen aller Schulträgerbezirke zum kommenden Schuljahr ausgebaut.

Kulturbus zur Förderung der kulturellen Bildung im ländlichen Raum

Kunst und Kultur sollen für alle zugänglich sein. Wir wollen alle Regionen in Hessen und insbesondere den ländlichen Raum besser vernetzen, um die jungen Menschen

in die Zentren zu bringen und Angebote der Kulturinstitutionen in den ländlichen Raum zu tragen.

Für alle hessischen Schulen besteht deshalb seit März 2024 die Möglichkeit, für Fahrten zu außerschulischen Lernorten in Hessen im Rahmen der kulturellen Bildung einen Kulturbus zu buchen. Schülerinnen und Schüler können so kostenlos interessante und bedeutsame Lernorte wie Museen, Theater, Opernhäuser, Literaturhäuser oder Gedenkstätten besuchen. Wir erleichtern den Schülerinnen und Schülern somit den Zugang zu Kunst und Kultur. Insbesondere Schulen im ländlichen Raum profitieren von dem Angebot. Bis Dezember 2027 können hessische Schulen den Kulturbus für bis zu fünf Fahrten im Jahr buchen.

Aufnahme von fünf weiteren Schulen als Schwerpunktschulen für Musik

Musik fördert die geistige, persönliche und emotionale Entwicklung sowie den Spracherwerb und die Kreativität von Kindern und jungen Menschen. Insbesondere das frühe Musizieren schult das Gehör, vermittelt ein erstes rhythmisches Verständnis und ermöglicht die spielerische Begegnung, die Interaktion und den Austausch mit anderen. Deshalb fördern wir in Hessen mit etablierten Programmen die musikalische Bildung.

Schulen mit Schwerpunkt Musik entwickeln und prägen eine individuelle musikalisch-kulturelle Schulkultur, die in das Schulumfeld hineinwirkt. Fünf Schulen haben wir im Frühjahr 2024 neu als „Schule mit dem Schwerpunkt Musik“ ausgezeichnet, so dass mittlerweile 99 Schulen in dem Netzwerk sind. Es ist geplant, dass weitere Schulen in das Netzwerk aufgenommen werden.

V. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

Demokratieforschung (Bestandteil des 11+1 Programms)

Die Demokratieforschung erhält neue Impulse! Antisemitische, ausländerfeindliche, homophobe und andere demokratiefeindliche Entwicklungen und Einstellungen bedrohen unsere Demokratie. Populistische Hetze und Verschwörungsmymthen spalten in zunehmenden Maß unsere Gesellschaft. Um diesen Entwicklungen entschlossen entgegenzutreten, stärken wir die Demokratieforschung.

Im Rahmen des Sofort-Programms werden einerseits neue Forschungsprojekte initiiert, während gleichzeitig bestehende Einrichtungen und Programme gestärkt werden. Ziel ist es, dass effektive Instrumente zur Sicherung und Stärkung unserer Demokratie und zum Zusammenhalt der Gesellschaft mit wissenschaftlichen Qualitätsstandards entwickelt und die bereits bestehenden Maßnahmen und Programme wissenschaftlich evaluiert und verbessert werden.

Anlaufstelle für von antisemitischer Diskriminierung betroffene Menschen an Hochschulen

Antisemitismus hat an unseren Hochschulen keinen Platz. In Folge des terroristischen Überfalls der Hamas auf Israel haben jedoch auch an Hochschulen antisemitischen Vorfälle zugenommen. Daher haben wir mit den hessischen Hochschulen vereinbart, Ansprechpersonen bzw. Anlaufstellen für von antisemitischer Diskriminierung betroffene Menschen und für Personen, die eine solche Diskriminierung beobachtet haben, einzurichten.

Die Ansprechpersonen wurden bereits von den Hochschulen benannt. Für eine bestmögliche Unterstützung werden wir die Vernetzung und die Qualifizierung der zuständigen Personen stärken. Hier werden wir einen Überblick über die jeweilige Situation an den Hochschulen und die Arbeitssituation der Ansprechpersonen ermöglichen, die nach Größe und Typ der Hochschule variieren. Im Rahmen dieses ersten Treffens werden weitere Qualifizierungsanforderungen identifiziert und ggf. weitere Maßnahmen gegen Antisemitismus an Hochschulen erörtert.

Bessere Vergütung und Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte

Studentische Hilfskräfte leisten einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren des Hochschulsystems. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir eine aufgabengerechte Bezahlung und eine Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, die eine derartige Tätigkeit zu einer attraktiven Alternative zu sonstigen Nebentätigkeiten macht.

In den Tarifverhandlungen 2024 wurde vereinbart, die Arbeitsverhältnisse in der Regel für ein Jahr und grundsätzlich mit zehn Wochenstunden zu begründen, studentischen Hilfskräften ab dem Sommersemester einen Mindestlohn von 13,46 Euro zu zahlen und diesen künftig entsprechend der Tarifsteigerungen zu erhöhen. Bei der Entlohnung der studentischen Hilfskräfte wird damit im bundesweiten Vergleich ein Spitzenniveau erreicht. Auch eine Regelmindestbeschäftigungsdauer von einem Jahr und ein Regelbeschäftigungsvolumen von zehn Wochenstunden sind vorgesehen. Die Vereinbarungen werden nun durch die Hochschulen umgesetzt.

Mehr Entfristungen im akademischen Mittelbau

Wir wollen die Situation des akademischen „Mittelbaus“ (d.h. des wissenschaftlichen Personals, welches keine Professur innehat) in Hessen stärken. Diese ist bundesweit Gegenstand von Diskussionen. Denn dauerhafte Perspektiven sind sowohl im Interesse der Betroffenen als auch der Hochschulen.

Wir arbeiten deshalb darauf hin, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie noch mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Hierfür haben wir Ziele definiert, die wir bei den Verhandlungen zum Hochschulpakt 2026-2030 einbringen werden.

Befriedung des internen Konflikts am Staatstheater Wiesbaden

Am Hessischen Staatstheater Wiesbaden herrschten schon seit längerer Zeit fortgesetzt interne Konflikte, die zunehmend auch in der Öffentlichkeit und unter starker Einbindung der Träger ausgetragen wurden. Die Konflikte konnten auch deshalb nicht nachhaltig behoben werden, weil die Bühnenleitung untereinander über Fragen der Ausrichtung des Theaters, der Geschäftsführung und der finanziellen Situation uneins war. Dies führte zur Verunsicherung vor allem auch der Belegschaft und zur Gefährdung des Spielbetriebs.

Unmittelbar nach Amtsantritt der neuen Landesregierung konnte der Konflikt weitgehend befriedet werden. Der Intendant des Staatstheaters Wiesbaden Uwe Eric Laufenberg hat seine Arbeit als Intendant, Regisseur und Schauspieler im Staatstheater Wiesbaden eingestellt. So konnten die Arbeitssituation für die Belegschaft (fast 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) deutlich verbessert werden. Auch Spiel- und Probenbetrieb laufen wieder störungsfrei. Im Sommer 2024 werden planmäßig die designierten Intendantinnen mit ihrem Team das Haus übernehmen.

Zudem haben wir zur Sicherung und weiteren Entwicklung der Geschäftsprozesse am Staatstheater Wiesbaden externe Fachleute beauftragt, die derzeit die Arbeitsabläufe im Haus analysieren und Vorschläge für Maßnahmen zur Anpassung und Verbesserung erarbeiten. Ein Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen wird noch vor der Sommerpause erwartet.

VI. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Kostenlose Meisterausbildung (Bestandteil des 11+1 Programms)

Der kostenlose Meister ist beschlossene Sache! Für uns ist klar, dass ein Meister genau so viel wert ist wie ein Master. Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Mit der kostenlosen Meisterausbildung wollen wir unsere hochqualifizierten Fachkräfte im Handwerk und in anderen Wirtschaftsbereichen finanziell entlasten. Damit unterstützen wir die, die für Betriebsübernahmen und die Ausbildung des Nachwuchses in den Startlöchern stehen.

Das angemessene Fördermodell (Aufstiegsprämie in Höhe von 3.500 Euro für erfolgreich abgelegte Meister- und gleichwertige Prüfungen) haben wir bereits festgelegt. Damit schaffen wir auch im bundesweiten Vergleich ein höchst attraktives Modell. Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen, damit Absolventinnen und Absolventen, die ihre Prüfungen ab Juni 2024 abschließen, bereits eine Förderung erhalten können.

Den wirtschaftlichen Wandel gemeinsam fair gestalten

Hessen ist ein starker Wirtschafts- und Industriestandort. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir den Herausforderungen der Digitalisierung, Demografie und Dekarbonisierung begegnen. Das Ziel ist, die lokale Wirtschaft in Zeiten großer Umbrüche so zu stärken, dass sie wettbewerbsfähig bleibt und für Wertschöpfung und gute Arbeit in der Region sorgen kann.

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Vertretern aus Industrie, Gewerkschaften und weiteren relevanten Akteuren aus Politik und Gesellschaft werden im Industrietrialog Lösungen für die zukünftigen Herausforderungen entwickelt. Dieser sozialpartnerschaftliche Ansatz sorgt für die Versöhnung von Innovation und Gerechtigkeit. Eine Auftaktsitzung findet Ende Mai 2024 statt.

Wir arbeiten an einem Hessenfonds, um die notwendigen Veränderungsprozesse in den Betrieben zu unterstützen. Die Menschen in den Betrieben sollen bei diesem Wandel der Wirtschaft mitgenommen und Arbeitsplätze in Hessen gesichert werden. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, Standort- und Beschäftigungsgarantien sowie die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung guter Arbeit sorgen wir zudem für ein faires öffentliches Auftragswesen. Dafür haben wir eine Reform des Hessischen Tariftreue- und Vergabegesetzes begonnen.

Unsere starke Wirtschaft gezielt unterstützen

Wir werden die Stärken und die Sichtbarkeit des Wirtschaftsstandorts durch die gezielte Förderung von Industriezweigen wie der Finanzindustrie oder der Kreativwirtschaft fördern. Wir unterstützen die lokale Industrie, wenn sie internationale Vorreiterrollen einnimmt.

Dazu haben wir die rechtliche Grundlage dafür gelegt, am Frankfurter Flughafen eine mehr als 30 Hektar große PV-Freiflächenanlage mit einer geplanten Leistung von über 17 MWp zu errichten. Damit wird der Standort Frankfurt zum Vorbild für die Photovoltaik-Erzeugung an Flughäfen.

Der Projektstart World Design Capital Frankfurt 2026 stärkt beispielsweise den Wirtschaftsstandort FrankfurtRheinMain unter dem Motto „Design for Democracy – Atmospheres for a better life“ im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Branchenübergreifend werden wir über die Veröffentlichung des „Atlas Wirtschaftsstandort Hessen“ die Sichtbarkeit erhöhen. Dieser bietet ein kompaktes Standortprofil und Informationen über ausgesuchte Branchen in Hessen.

Praktikumswochen für Schülerinnen und Schüler

Die Förderung der Fachkräftegewinnung ist essentiell für die Wirtschaft in Hessen. Ein wichtiger Baustein ist die Berufsorientierung. Darum haben wir neue Praktikumswochen für Schülerinnen und Schüler in den 3 Wochen vor und nach den Sommerferien eingeführt. Dadurch stärken wir die Berufsorientierung und bringen Unternehmen und Jugendliche frühzeitig in Kontakt.

Kommunale Wärmewende

Wir bringen die Wärmewende voran. Die Kommunen sind zentrale Partner, u.a. durch die kommunale Wärmeplanung. Wir unterstützen die Kommunen bei der Umsetzung ihrer eigenen Aufgaben durch finanzielle Mittel, rechtliche Beratung und Vernetzung.

Derzeit werden die notwendigen Voraussetzungen für die Auszahlung der im Haushalt reservierten Mittel für die Jahre 2023 und 2024 geschaffen. Die Veröffentlichung des Rechtsgutachtens „kommunale Steuerungs- und Absicherungsinstrumente für Wärmenetzprojekte“ soll Kommunen und Stadtwerken rechtliche Hilfestellung bei der Planung von Wärmenetzen geben. Im Rahmen von Netzwerktreffen und vor Ort-Besuchen haben wir die interkommunale Zusammenarbeit bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze zudem weiter vorangebracht.

Darüber haben wir Handreichungen und Leitfäden erarbeitet, die den Kommunen als Hilfe bei der Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes sowie bei Beihilfe- und Vergabefragen rund um Wind- und Solarflächen auf eigenen Liegenschaften helfen.

Lösungsorientierte Verkehrspolitik

Hessen ist ein Flächenland, in dem die Anforderungen an die Mobilität hoch individuell sind und sich regional stark unterscheiden. Wir respektieren diese Bedarfe und sehen es als unsere Aufgabe an, ein konfliktarmes und gut funktionierendes Mobilitätsland zu werden. Dafür stellen wir pragmatische und lösungsorientierte Ansätze sowie Dialoge mit den Betroffenen in den Mittelpunkt.

Die Sicherung des 49-Euro-Tickets sowie die Einführung eines ermäßigten Deutschland-Tickets für Studentinnen und Studenten tragen ebenso wie der Fortbestand der hessischen Flatrate-Tickets dazu bei, den ÖPNV niedrigschwellig und bezahlbar zu machen. Mit Blick auf den Ausbau der A5 sind wir an den Bund herangetreten, unter welchen Bedingungen eine Aufnahme in die Beschleunigungsliste erfolgen kann. Bei lokalen Konflikten und Problemen in der Verkehrsinfrastruktur haben wir bereits mehrfach einen praxisnahen Umgang umgesetzt.

Modernes und bezahlbares Wohnen in Stadt und Land

Bezahlbares und zugleich zeitgemäßes Wohnen ist für viele Menschen eine Herausforderung – in Ballungsgebieten wie in ländlichen Räumen. Die Anforderungen an die eigene Wohnsituation sind höchst individuell und umfassen neben der Bezahlbarkeit oftmals auch Fragen der schnellen und ökologischen Bauweise, der Anbindung sowie des sozialen Lebensumfeldes. Dazu gehört auch, dass wir gegen spekulativen Leerstand in angespannten Wohnungsmärkten vorgehen. Wir werden die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen in Hessen mit ihrem Wohnumfeld zufrieden

sind. Das ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes im Sinne der Fachkräftesicherung.

Die neu gegründete Kommission „Innovation im Bau“ wird innovative Vorschläge rund um Nachhaltigkeit und Baustandards entwickeln, die bezahlbares und ökologisches Wohnen vereinfachen. Zu einer ersten Sitzung wurde bereits eingeladen. Durch eine Überarbeitung des Potenzialflächenkatasters vereinfachen wir die Baulandgewinnung weiter. Hierbei berücksichtigen wir die kommunalen Bedarfe. Im aktuellen Bewerbungsauftrag für Kommunen zum Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ wurde der Quartiersansatz verstärkt. Und auch mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs gegen Leerstand haben wir begonnen

VII. Hessisches Ministerium für Digitalisierung und Innovation

Glasfaser für alle (Bestandteil des 11+1 Programms)

Der Glasfaserausbau geht massiv voran. Gemeinsam mit Telekommunikationsunternehmen, Bund, Landkreisen und Kommunen machen wir Hessen fit für die Zukunft. Wir werden flächendeckende, sichere und effiziente Glasfasernetze bis 2030 schaffen.

Allein in der aktuellen Ausbaustufe des Bundesprogramms ‚Gigabitförderung 2.0‘ hat Hessen diese Förderung mit mehr als 245 Millionen Euro kofinanziert. Insgesamt sollen in ganz Hessen dadurch mehr als 60.000 Glasfaseranschlüsse gelegt werden. Darüber hinaus erfolgt im Main-Kinzig-Kreis Anfang Mai die erste Inbetriebnahme des vom Land mit 80 Millionen Euro geförderten Glasfaserausbaus.

Ende April 2024 wird mit Vodafone/OXG eine erste Einzelvereinbarung unterzeichnet, um den Glasfaserausbau weiter zu beschleunigen. Wir werden weitere Einzelvereinbarungen mit den Telekommunikationsunternehmen schließen, um beim Glasfaserausbau schneller voranzukommen.

Mit Vereinfachungen der Bau- und Genehmigungsverfahren beschleunigen wir zudem den Ausbau. Mit dem Breitband-Portal lassen sich volligital Anträge auf Verlegung von Telekommunikationsleitungen in öffentlichen Wegen stellen. Die zuständigen Stellen, zumeist Kommunen, können diese Anträge ebenfalls digital bis hin zur Genehmigung bearbeiten. In Hessen und Rheinland-Pfalz ist das Breitband-Portal bereits im Einsatz.

Mehr Tempo beim Mobilfunkausbau in Hessen.

Eine leistungsfähige und flächendeckende Versorgung ist das Rückgrat der Digitalisierung. Wir unterstützen deshalb Mobilfunkunternehmen aktiv bei ihrer Suche nach neuen Standorten, um die Mobilfunkversorgung zu verbessern.

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen können in dem neuen Standorterfassungstool potenziell geeignete Grundstücke und Gebäude melden, die sie für Mobilfunk vermieten wollen. Diese Informationen können von den ausbauenden Unternehmen schnell verarbeitet werden, sodass wir dadurch die aufwendige und zeitintensive Suche nach Mobilfunkstandorten erleichtern und beschleunigen.

Zudem werden Beschäftigten in Kommunen vielseitige Informationen durch die Mobilfunkakademie bereitgestellt, damit Bauanfragen und Bauanträge für

Mobilfunkmasten ohne zeitintensiven Klärungsbedarf schneller bearbeitet werden können.

Start Bürgerdialog „KI macht Zukunft – Hessen spricht über Künstliche Intelligenz“

Künstliche Intelligenz bietet viele Chancen. Um die vielfältigen Möglichkeiten aufzuzeigen, haben wir Ende März einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern gestartet.

Anhand eines Infomobils und weiterer Exponate können sich Bürgerinnen und Bürger über bereits im Einsatz befindliche Produkte informieren. Weitere Veranstaltungen sind vorgesehen. Dabei werden Unternehmen, Verbände, Institutionen und geförderte Projekte in der jeweiligen Region beteiligt.

Digitaloffensive mit den hessischen Kommunen

Als Grundlage für digitale, moderne und zukunftsfeste Kommunen starten wir eine Digitaloffensive mit den hessischen Kommunen. So unterstützen wir die kommunale Ebene in einer flächendeckenden und durchgehenden Verwaltungsdigitalisierung sowie bei der Konsolidierung ihrer IT-Infrastruktur und schaffen die Grundlagen für eine digitale, moderne und zukunftsfeste Kommunalverwaltung. Ebenso wird die Digitalisierung der kommunalen Daseinsvorsorge durch Angebote der Geschäftsstelle Smarte Region und die entsprechende Förderung bereits gestärkt.

Unser Ziel ist es, ab 2025 mit der Umsetzung der Offensive durch den Start neuer Unterstützungsmaßnahmen für die hessischen Kommunen zu beginnen. Wir werden die kommunalen Verwaltungsmitarbeiter beim Erlernen digitaler Kompetenz begleiten und setzen dabei auf erweiterte Informationsveranstaltungen sowie Dialoge mit den kommunalen Experten vor Ort. Ziel soll sein, die Kommunikation mit der kommunalen Ebene in Hessen auszubauen.

Verwaltungsdigitalisierung zentral gebündelt

Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) bündelt Kompetenzen insbesondere für bedeutende Digitalprojekte des Landes und treibt diese voran. Wir werden die HZD deshalb zu einem umfassenden Digitalisierungsdienstleister der Landesverwaltung weiterentwickeln, um die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen.

Wir definieren gemeinsam mit der HZD Ziele und die entsprechenden Maßnahmen für ihre Transformation. Bei diesem Prozess werden alle relevanten Stakeholder eingebunden. Parallel wird eine Change-Management-Strategie erarbeitet, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der HZD in den Transformationsprozess aktiv einzubinden.

Anwendungszentrum Digitale Resilienz

Die Krisen der vergangenen Jahre haben uns vor Augen geführt, wie wichtig eine starke Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft ist. Wir wollen deshalb die Resilienz der Gesellschaft erhöhen, um für künftige Krisen gewappnet zu sein.

Hierzu haben wir die Planungen für ein neues „Anwendungszentrum Digitale Resilienz“ gestartet und ein erstes Konzept entwickelt. Dazu haben wir intensive Abstimmungsgespräche mit allen beteiligten Akteuren geführt und die Grundlage zur Überführung der Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung in die Anwendung gelegt. Die konkreten Planungen eines zweiten Stakeholdertreffens von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zum Thema „Resilienz Zentrum“ sind gestartet. Im Ergebnis soll hier ein erstes Detailkonzept abgestimmt werden.

Stärkung der Rechenzentrumsbranche

Rechenzentren sind die digitale Werkbank unseres Landes. Mit guten Rahmenbedingungen werden wir Hessen als Standort des größten europäischen Internetkontenpunkts weiter stärken.

Wärmeabnehmer und Kommunen werden wir noch enger vernetzen. Nachhaltige und innovative Projekte werden wir fördern. Derzeit erarbeiten wir zudem einen Leitfaden, der die Kommunen bei der Ansiedlung von Rechenzentren unterstützen soll. Die Erstellung des Leitfadens erfolgt in Zusammenarbeit mit Rechenzentrumsplanern sowie Expertinnen und Experten aus dem Kommunalrecht.

VIII. Hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Bürokratiebefreiung im Ehrenamt (Bestandteil des 11+1 Programms)

Die Verhandlungen zur Bürokratiebefreiung im Ehrenamt laufen auf Hochtouren!

Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll dabei unterstützt und nicht durch überflüssige Bürokratie behindert werden. Mit der Initiative „Ehrenamt – aber ohne Bürokratie“ legen wir einen klaren Fokus darauf, ehrenamtliches Engagement zu fördern und das Ehrenamt so weit wie möglich von administrativen Aufgaben zu entlasten.

Die konkreten Verhandlungen mit der GEMA für eine Befreiung von Ehrenamtsveranstaltungen haben wir aufgenommen. In einem ersten Schritt haben wir dem Landessportbund angeboten, dass das Land die GEMA-Kosten für Generalverträge übernimmt.

Einrichtung einer Stabsstelle Entbürokratisierung

Hessens hat Deutschlands ersten Entbürokratisierungsminister und damit das Thema Bürokratieabbau zu einem Schwerpunkt der Landesregierung gemacht. Eine der ersten Weichenstellungen des neu geschaffenen Ressorts ist die Einsetzung der Stabsstelle Entbürokratisierung. Die Stabsstelle wird künftig die Maßnahmen zur Entbürokratisierung in Hessen bündeln und koordinieren.

Die Stabsstelle hat ihre Arbeit aufgenommen und wird zukünftig den Abbau von Regeln und die Verbesserung des Verhältnisses von Bürgern und Staat in Angriff nehmen. Hierzu wird sie schnellstmöglich das Gespräch mit Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft suchen, um Handlungsfelder zu identifizieren und Lösungen zu erarbeiten.

Wahlaufruf zur Europawahl

Am 9. Juni 2024 findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Mit einem eigenen Logo und einer Plakatkampagne weisen wir auf die Wahl und das Wahldatum hin. Die verschiedenen Motive haben wir bereits auf den Social-Media-Kanälen der Hessischen Landesregierung vorgestellt.

Das Logo und die Plakatmotive werden intensiv genutzt und auch den über 800 Europanetzwerkpartnern des Landes und weiteren Interessenten zur Verfügung gestellt, um eine möglichst breite Aufmerksamkeit für die Wahl zu schaffen. Alle Informationen sind auch auf der zentralen Informationsseite <https://europawahl.hessen.de> zu finden.

„Fortführung „Hey Europe! Festival“

Unter dem Motto „Hey, Europe! #wirmacheneuropa“ startet das Europaressort im Vorfeld der Europawahl EU-Kompaktkurse in hessischen Schulen. Damit bringen wir nicht nur Wissen über Europa in die Schulen, sondern wollen auch für Demokratie und gemeinsame europäische Werte werben.

In Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner und Workshop-Anbieter „Understanding Europe“ bieten wir Kurse für Schülerinnen und Schüler an hessischen Schulen an, um sich mit Europa, der EU sowie aktuellen Themen und Herausforderungen zu beschäftigen, sie gemeinsam zu diskutieren und zu bearbeiten.

IX. Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht und Trendwende Wolf (Bestandteil des 11+1 Programms)

Wir haben die Trendwende Wolf gestartet! Wir stehen für einen ideologiefreien und realistischen Umgang mit dem Wolf, der die Interessen der Nutztierhalter und Bürger ernst nimmt. Mit der Trendwende Wolf wollen wir sämtliche rechtliche Möglichkeiten auf Landesebene für eine aktive Bestandsregulierung ausschöpfen und mit einem Maßnahmenpaket zur gesellschaftlichen Befriedung im Spannungsfeld Wolf beitragen.

Dazu haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen geplant: Wir wollen die Hessische Jagdverordnung ändern und nehmen den Wolf in die Liste der jagdbaren Tierarten mit ganzjähriger Schonzeit auf. Auch wollen wir das Hessische Jagdgesetz angleichen, hier vor allem die Regelung der Zuständigkeit für Entnahmegenehmigungen durch die Jagdverwaltung. Wir bringen uns in den laufenden Prozess auf europäischer Ebene mit dem Ziel ein, den Schutzstatus des Wolfs so zu ändern, dass er bejagt werden kann. Außerdem überarbeiten wir die Förderrichtlinie Weidetierschutz, um Halter besser zu unterstützen und sie im Fall von Rissen praxisgerechter entschädigen zu können. Außerdem entwickeln wir verwaltungsinterne Regelungen so weiter, dass die Abläufe zwischen Naturschutzbehörde, Jagdbehörde und Wolfszentrum effektiver gestaltet werden.

Notfallpaket für hessische Bauern

In schwierigen Zeiten lassen wir unsere Bäuerinnen und Bauern nicht allein. Sie sind der Garant für die Erzeugung regionaler Lebensmittel, für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und für den Umwelt- und Naturschutz. Die Streichung der Steuerrückerstattung für Agrardiesel durch die Bundesregierung markierte einen schwarzen Tag für die Landwirtschaft in unserem Land.

Noch am Tag der Entscheidung der Bundesregierung haben wir mit der Vorlage des Notfallpakets geantwortet. Es besteht hauptsächlich aus drei Bausteinen: die Freigabe von Mitteln für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) vor dem Hintergrund der deutlichen GAK-Mittelkürzungen durch die Bundesregierung, die Aufstockung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sowie die Überführung des Programms „Vielfältige Ackerkulturen“ in ein aufgestocktes Programm „Hessische Ackerkulturen“.

Die Umsetzung läuft bereits an. Landwirtschaftlichen Betrieben soll sowohl in den Grünlandgebieten als auch in den Ackerbauregionen zügig, direkt und unkompliziert geholfen werden.

Ermöglichung von Düngung auf angefrorenem Boden

Das pauschale Verbot der Düngung von angefrorenem, also nachts gefrorenem und tagsüber auftauendem Boden, führt zu erheblichen Einschränkungen bei der Pflanzendüngung. Diese Form der Düngung haben wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten der EU-Nitrat-Verordnung deshalb ermöglicht.

Um den Aspekten des Boden- und Klimaschutzes und den Interessen der Landwirtschaft unter Wahrung des Gewässerschutzes gerecht zu werden, ist eine Aufbringung auf angefrorenem Boden nun möglich, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Die entsprechenden Änderungen haben wir den Vollzugsbehörden mitgeteilt.

Auslobung Dialekt-Preis

In Hessen soll die Heimat eine Zukunft haben, daher stehen wir für Traditionen, lebendige Regionen und kulturelle Identitäten. Auch hessische Dialekte dürfen nicht aussterben. Wir wollen sie bewahren, indem wir sie sprechen und so die Mundart als lebendige Brauchtumspflege unterstützen.

Ende Februar haben wir deshalb einen Dialekt-Preis für die beste Initiative zum Erhalt der Mundart in Hessen ausgelobt. Schon bald werden wir die beste Initiative für den Erhalt der Mundart in Hessen prämiieren.

Erfolgreicher Einsatz beim Bund für Ausnahmeregelung bei Stilllegungsflächen

Die EU-Kommission hat den Mitgliedsstaaten ermöglicht, eine bindende Umweltauflage, die sogenannte „guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand“- oder „GLÖZ 8“-Norm, für das Jahr 2024 auszusetzen. Wir haben uns beim Bund erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund von einer Aussetzung dieser Stilllegungsfläche Gebrauch macht. Für die Landwirte bedeutet das mehr Flexibilität bei ihrer Bewirtschaftung und damit zusätzliche Einkommensmöglichkeiten.

Wir haben dafür geworben, die bisher nur für 2024 genehmigte Ausnahmeregelung dauerhaft auszusetzen und werden dies auch weiter tun. Die EU-Kommission hat bereits signalisiert, dazu grundsätzlich bereit zu sein. Damit tragen wir erheblich zu Planungs- und Investitionssicherheit sowie zum Bürokratieabbau für unsere hessischen Bauernfamilien bei.

Neuausrichtung der HALM-Förderung (Agrarumweltmaßnahmen)

Das Hessische Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflegemaßnahmen (HALM) ist das zentrale agrarpolitische Steuerungsinstrument für die Erfüllung der Ziele des Landes, des Bundes und der EU in Bezug auf die biologische Vielfalt, den Wasser-, Boden und Klimaschutz sowie die Erhaltung der Kulturlandschaft. Wir werden HALM so fortentwickeln, dass eine angemessene und auskömmliche Honorierung der Umweltleistungen unserer Landwirte erfolgt und damit auch die Planungssicherheit der Landwirte erhöht wird. Als ersten Schritt haben wir Mitte Februar 2024 eine veränderte Förderrichtlinie in Kraft gesetzt.

Stopp der geplanten Ausweisung weiterer großflächiger Naturschutzgebiete im Staatswald

Wir vertrauen unseren Försterinnen und Förstern: Sie wissen am besten, was der Wald benötigt. Die ursprünglich geplante Ausweisung von 13 jeweils über 100 Hektar großen Naturschutzgebieten hätte in den Gebieten zusätzliche Bürokratie ohne einen erkennbaren Mehrwert geschaffen. Daher haben wir die laufenden Verfahren gestoppt.

Darauf aufbauend wird in Verantwortung des Landesbetriebs geprüft, ob die naturschutzfachlichen Ziele der Naturwaldentwicklungsflächen in Eigenverantwortung der Försterinnen und Förster und ohne die zusätzlichen bürokratischen Auflagen durch die Ausweisung als Naturschutzgebiete erreicht werden können.

Antrag zum Erhalt und zur Unterstützung kleiner Schlachtbetriebe

Die bürokratischen Auflagen für kleine Schlachthöfe und Kleinbetriebsschlachtungen (z.B. durch Metzgereien) sind hoch. Dies führt dazu, dass immer weniger regionale Fleischverarbeitung stattfinden kann. Daher setzen wir uns für eine sachgerechte Anpassung der Standards ein.

Auf der Agrarministerkonferenz haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht, der eine breite Mehrheit gefunden hat. Auf dieser Grundlage wird zwischen Bund und Ländern nun erörtert, konkrete Potenziale zur Entlastung der Betriebe von Bürokratie und Kosten zu identifizieren und umzusetzen. Nachfolgend soll eine Anpassung der Rechtsvorschriften in den identifizierten Bereichen erfolgen.

X. Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege

Weiterentwicklung SWIM zu SWIMplus (Bestandteil des 11+1 Programms)

Aus SWIM wird SWIMplus! Schwimmbäder sind Begegnungsorte für alle Generationen, unterstützen das Schwimmenlernen und den Schwimmsport und fördern die Gesundheit. Deshalb entwickeln wir das erfolgreiche Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm SWIM zu SWIMplus weiter.

Mit einer neuen Förderrichtlinie werden wir zukünftig auch Maßnahmen fördern, die der Gesundheit dienen oder zur Attraktivitätssteigerung insbesondere für Familien, Kinder oder Seniorinnen und Senioren beitragen, zum Beispiel Sole-Becken, Rutschen, Kinderspielbecken, Volleyballfelder oder Tischtennisplatten. Für diese Maßnahmen sind allein für die Jahre 2024 und 2025 Fördermittel in Höhe von 25 Millionen Euro vorgesehen. Die neue Förderrichtlinie wird in Kürze veröffentlicht.

Start des Hessischen Pakts für Gesundheit

In der Gesundheitsversorgung wird es in den nächsten Jahren durch den demografischen Wandel zu Veränderungen kommen, die alle Bereiche des Gesundheitswesens berühren. Im Rahmen eines neuen „Hessischen Pakts für Gesundheit“ werden wir mit Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitssystems in einen strukturierten Dialog über zukunftsfähige Lösungen für eine bedarfsgerechte und sektorenübergreifende medizinische Versorgung in Hessen treten. Schwerpunkte werden unter anderem ein „Aktionsplan Kindermedizin“, die Patientensteuerung sowie die Fachkräftesicherung sein. Konzeption und Einladung sind bereits erfolgt, weitere Schritte werden folgen.

„Pflegeheim mitten im Leben“

Wir unterstützen künftig die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen, die in Pflegeeinrichtungen leben, und wollen so einen Beitrag zur Bekämpfung von Einsamkeit im Alter leisten. Dazu fördern wir eine Koordinierungsstelle in Pflegeeinrichtungen oder Kommunen, die die Bewohnerinnen und Bewohner mit der Gemeinwesenarbeit und den sozialen Strukturen vor Ort verbindet. Dadurch sollen zusätzliche Angebote der sozialen Betreuung und neue Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden.

Unter dem Titel „Pflegeheim mitten im Leben“ haben wir ein neues Förderprogramm aufgelegt, das zur Öffnung von Pflegeeinrichtungen in das soziale Umfeld vor Ort beitragen soll. Hierdurch werden wir niedrigschwellige und nachhaltige Kooperationen zu Ehrenamtlichen, Vereinen und Institutionen ermöglichen, zum Beispiel zu Sportvereinen, Musikvereinen oder Kitas, um gemeinsame Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Einrichtungen zu fördern.

Runder Tisch Cannabisprävention

Durch die vom Bund beschlossene Legalisierung von Cannabis gewinnt die Suchtprävention insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene weiter an Bedeutung. Wir haben deshalb einen „Runden Tisch Cannabisprävention“ eingerichtet, um bedarfsgerechte Präventionsangebote abzustimmen.

Am Runden Tisch sind Expertinnen und Experten aus der Suchthilfe und Organisationen mit Kontakt zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die betroffenen Fachressorts beteiligt. Ziel ist es, gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, wie Jugendliche und junge Erwachsene über mögliche Gefahren durch den Cannabiskonsum informiert und aufgeklärt werden können.

Im Rahmen des Runden Tisches Cannabisprävention werden wir darauf aufbauend bis Ende 2024 ein abgestimmtes Angebotsportfolio erarbeiten und gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern umsetzen.

Modellprojekte in der Kurzzeit- und Tagespflege

Angehörige leisten täglich einen enormen Beitrag dazu, dass Pflegebedürftige gut versorgt sind. Um diese im Alltag besser zu entlasten, fördern wir künftig innovative Modellprojekte in der Kurzzeit- und Tagespflege, die die Vielfalt der Angebote erhöhen, die Qualität der Betreuung verbessern und Angehörige unterstützen.

Mit dem Programm werden Lösungsansätze vor Ort unterstützt, die beispielsweise zur Flexibilisierung der Angebote, der Schaffung von Schnittstellen zu anderen Angeboten oder der Verbesserung der Alltagsprozesse beitragen. Die Ansätze der Projekte sollen hessenweit übertragbar sein, um die Modelle, die sich bewähren, auf das ganze Land ausrollen zu können. Die ausgewählten Projekte können mit bis zu 100.000 Euro pro Jahr gefördert werden. Anträge können seit Anfang Februar gestellt werden.

Die Erkenntnisse aus den Modellprojekten werden zudem für andere Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen nutzbar gemacht, um in der Breite die Arbeit in den Einrichtungen in Hessen zu verbessern.

Landeskoordinierungsstelle Kinderschutz

Der Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Gewalt ist für uns ein wichtiges Anliegen. Um die Arbeit der kommunalen Fachberatungsstellen im Kinderschutz besser zu unterstützen und die Vernetzung zu fördern, haben wir eine Landeskoordinierungsstelle geschaffen. So treiben wir den flächendeckenden Ausbau der Beratungslandschaft voran, verbessern die Qualität und Vergleichbarkeit der Angebote vor Ort und fördern eine Kultur des Hinschauens, die in diesem sensiblen und wichtigen Bereich so dringend nötig ist.

Die Landeskoordinierungsstelle hat Anfang April 2024 ihre Arbeit aufgenommen. Damit wird ein wichtiger Baustein des Landesaktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt umgesetzt.

Ausweitung des Förderprogramms Gemeindepflegekräfte

Mit dem Förderprogramm „Gemeindepflegekräfte“ fördern wir Fachkräfte, die vor Ort einen Beitrag zur bedarfsgerechten medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und gegen Einsamkeit im Alter leisten. Hierbei geht es vor allem darum, präventiv tätig zu sein und Orientierung innerhalb des Gesundheits- und Pflegesystems zu geben.

Die geförderten Gemeindepflegekräfte beraten bei Hausbesuchen oder telefonisch ältere Menschen zu ihrer Gesundheitssituation, Pflegebedarfen und sozialer Teilhabe. Unser Ziel ist es, solche Angebote flächendeckend in ganz Hessen zu etablieren. Kurzfristig konnten wir bereits einen zusätzlichen Landkreis fördern.

Ausweitung Clearingstellen

Wir unterstützen Menschen ohne oder mit einem unzureichenden Krankenversicherungsschutz durch spezialisierte Beratungsangebote. Durch Clearingstellen können Betroffene beraten und unterstützt werden, um Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung zu erhalten. Dies schafft auch Sicherheit und Planbarkeit für die behandelnden Ärztinnen, Ärzte und Krankenhäuser.

Das Angebot der zwei bestehenden Clearingstellen in Frankfurt und Wiesbaden haben wir nun um eine dritte Clearingstelle in Kassel erweitert, sodass auch in Nordhessen betroffene Menschen eine Anlaufstelle haben und bedarfsgerechte Unterstützung erhalten. Die Clearingstelle in Kassel wird im Laufe des Jahres ihre Arbeit aufnehmen.

XI. Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales

Erhöhung der PivA-Stellen (Bestandteil des 11+1 Programms)

PivA-Stellen werden ausgeweitet! Das Landesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ zielt darauf ab, Träger von Kindertageseinrichtungen bei der Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften zu unterstützen. Insbesondere Programmbereich I (Förderung von praxisintegrierten vergüteten Ausbildungsplätzen, PivA) leistet einen wichtigen Beitrag, um die hohen Fachkräftebedarfe in Kindertageseinrichtungen zu decken. Damit trägt das Landesprogramm dazu bei, eine hochwertige Kindertagesbetreuung sicherzustellen und Kindern die Teilhabe an diesen Bildungsangeboten zu ermöglichen.

Kurzfristig haben wir die Mittel für weitere 200 Plätze bereitgestellt. Zusätzliche Mittel für weitere 400 Plätze wollen wir im Nachtragshaushalt für das Jahr 2024 einstellen. Dafür bringen wir circa 22 Millionen Euro zusätzlich auf und erhöhen die Gesamtzahl um 600 Plätze. Damit ist sichergestellt, dass Mittel für bis zu 1.000 Bewilligungen vorhanden sind. Neben der Aufstockung der Mittel wollen wir auch den Kreis der Zuwendungsempfänger um den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erweitern und überarbeiten nunmehr die entsprechende Förderrichtlinie.

Entlastung der Kommunen bei Flüchtlingsunterbringung und -versorgung

Die Kommunen sind bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen stark gefordert und teilweise an der Überlastungsgrenze. Hier braucht es kurz- und langfristige Maßnahme zur Entlastung der Kommunen.

Wir haben uns deshalb Ende Februar 2024 darauf verständigt, Asylbewerber mit einer geringen Bleibeperspektive nicht mehr auf die Kommunen zu verteilen, sondern sie in der Erstaufnahmeeinrichtung zu behalten. Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern ist dies bereits umgesetzt. So entlasten wir unsere Kommunen spürbar und ermöglichen eine bessere Integration der Schutzbedürftigen. Dazu werden die Verfahren so schnell wie möglich zu einem Abschluss gebracht.

Bestellung der Beauftragten für Förderung und Beteiligung von Kindern

Wir haben den Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen neu benannt und bereits erste gemeinsame Gespräche mit Blick auf die vor uns liegende Legislaturperiode geführt.

Mit der Benennung der Beauftragten für Förderung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir ein deutliches Zeichen für die Beteiligungs- und Förderrechte der Kinder und Jugendlichen setzen und ihre allgemeinen Kinderrechte mit einem verbindlichen Monitoring hinterlegen.

Eine entsprechende Beauftragte haben wir benannt. Durch eine Kinderrechte-Werkstatt ist auch die Grundlage für das Monitoring der Kinderrechte gelegt. Die Beauftragte plant weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse des ersten bundesweiten Ländermonitorings sowie Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche. Auf Social Media wirbt sie für die Bekanntheit und Umsetzung der Kinderrechte.

Stärkung der multiprofessionellen Teams in Kitas

Mit dem Förderprogramm „Starke Teams – Starke Kitas“ wollen wir die Personalstruktur in der hessischen Kindertagesbetreuung stärken und das Zusammenwachsen von multiprofessionellen Teams begleiten. Dies ist auch eine Reaktion auf den Fachkräftemangel in Kindertagesstätten.

Die Teams können Maßnahmen auswählen, die ihren besonderen Bedarfen vor Ort bestmöglich Rechnung tragen. Eine weitere Besonderheit des neuen Förderprogramms ist ein schlankes, einfach gestaltetes Förderverfahren, das auf Pauschalen basiert und damit möglichst wenig zeitliche Ressourcen der Träger und Einrichtungen bindet.

Ausweitung des Programms „MitSprache – Deutsch4U“

Sprache ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration. Durch mehr Sprachkurse wollen wir es Menschen mit Migrationsgeschichte ermöglichen, die deutsche Sprache zu erlernen. Deshalb haben wir das für das Landesprogramm „MitSprache – Deutsch4U“ vorgesehene Haushaltsbudget für 2024 auf vier Millionen Euro erhöht. Darauf aufbauend werden wir das Landesprogramm, insbesondere mit Blick auf die Zurverfügungstellung von Kinderbetreuung, weiterentwickeln und eine neue Förderrichtlinie veröffentlichen.

Stärkung der Stabsstelle Fachkräftesicherung

In Deutschland sind alle Lebensbereiche und Branchen vom Fach- und zunehmend auch vom Arbeitskräftemangel betroffen. Deshalb machen wir das Sichern von Fach- und Arbeitskräften zu einem Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit. In einem ersten Schritt haben wir die Stabsstelle Fachkräftesicherung als zentrale Ansprechpartnerin in Hessen über Ressortgrenzen, Branchen und Handlungsfelder hinweg, als Koordinationsstelle, Impulsgeberin und Treiberin auf Landesebene gestärkt. Die Zuordnung der Stabsstelle zur Ministeriumsleitung und die damit verbundene Aufwertung ist bereits vollzogen.

Ladenöffnungsgesetz

Wir stehen zum verfassungsrechtlichen Schutz des Sonntags. Um gleichzeitig innovative Verkaufskonzepte zu ermöglichen, wollen wir die derzeitige Regelungslage fortentwickeln und an die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen.

Dazu werden wir das Ladenöffnungsgesetz reformieren. Künftig wird eine Sonn- und Feiertagsöffnung für vollautomatisierte Verkaufsstellen mit einer Verkaufsfläche von bis zu 120 Quadratmetern ermöglicht, sofern dort ausschließlich Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs angeboten und diese durch digitale Lösungen ohne Verkaufspersonal betrieben werden.

So schaffen wir für die Wirtschaft wie auch die Bürgerinnen und Bürger einen verlässlichen und handhabbaren Rechtsrahmen, insbesondere im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Schutz des Sonntags. Der zugehörige Gesetzentwurf wurde von den CDU/SPD-Regierungsfractionen erstellt und wird in das nächste Plenum eingebracht. Wir haben hierzu eine Hilfestellung im Rahmen einer Formulierungshilfe geleistet.

XII. Hessische Staatskanzlei

Geschäftsstelle für den Antisemitismusbeauftragten (Bestandteil des 11+1 Programms)

Antisemitismus-Geschäftsstelle ist eingerichtet! Antisemitismus hat in Hessen keinen Platz. Um das ressortübergreifende Handeln zu bündeln, werten wir das Amt des Antisemitismusbeauftragten auf.

Hierzu haben wir eine eigene Geschäftsstelle mit erweiterten Befugnissen in der Staatskanzlei eingerichtet, sodass der Antisemitismusbeauftragte personell unterstützt wird und eigene Maßnahmen realisieren kann. Dafür stehen jedes Jahr 150.000 Euro bereit. Zudem will die Landesregierung das Bilden von Netzwerken in Hessen und im Bund sowie die Zusammenarbeit mit schulischen und außerschulischen Partnern stärken. Dazu sollen eigene Vorhaben vor allem zu den Themen Aufklärung und Prävention entwickelt sowie Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Forschung eingebunden werden.

So stärken wir den politischen Stellenwert des Kampfes gegen Judenfeindlichkeit und machen jüdisches Leben sichtbarer. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Bürgernahe Sprache

Zu einer bürgernahen Verwaltung gehört auch, dass Sie eine für alle verständliche Sprache verwendet.

Deshalb wurde Ende März 2024 eine Dienstanweisung erlassen, nach der alle Stellen der Hessischen Landesverwaltung angewiesen sind, eine einheitliche geschlechtergerechte und verständliche Sprache zu nutzen. Verkürzte Formen mit Sonderzeichen wie beispielsweise dem Genderstern, dem Doppelpunkt oder dem Binnen-I sind nicht länger zulässig.

Eine darauf aufbauende Anpassung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Staatskanzlei, der Ministerien des Landes Hessen sowie der Landesvertretung Berlin ist in Planung.

Hessen als Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz

Als Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz vermittelt Hessen zwischen den unterschiedlichen Interessen der Länder und vertritt die Länder gleichzeitig gegenüber

dem Bund. Im Mittelpunkt der Beratungen unter hessischem Vorsitz standen bisher die Themen Wirtschaft, Energiesicherheit und die Begrenzung der irregulären Migration.

Bund und Länder haben seit der MPK im November 2023 eine Reihe an Maßnahmen auf den Weg gebracht, z.B. die Bezahlkarte, die Einführung von Binnengrenzkontrollen oder die Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten. Gleichzeitig müssen schnell weitere Ergebnisse folgen, z.B. bei der Prüfung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten.

Es ist in diesen Zeiten jedoch ein wichtiges Signal, dass Bund und Länder einen gemeinsamen Fahrplan haben und dass die politische Mitte das Zeichen setzt, dass sie Lösungen für die großen Fragen hat. Jetzt geht es darum, die Maßnahmen weiter konsequent umzusetzen.

Vergabeverfahren zur Bezahlkarte

In der Migrationspolitik haben sich 14 von 16 Ländern auf ein gemeinsames Vergabeverfahren für eine Bezahlkarte verständigt. Leistungsberechtigte können damit künftig nach einheitlichen Standards einen Teil der Leistungen als Guthaben auf einer Karte anstelle einer Barauszahlung erhalten. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern gehen bei der Vergabe eigene Wege, wollen aber ebenfalls eine Bezahlkarte einführen.

Eine von der Ministerpräsidentenkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe unter hessischem Vorsitz hat daraufhin ein Modell für eine Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards erarbeitet. Das Vergabeverfahren zur Ermittlung eines Dienstleisters konnte bereits angestoßen werden. Zur Koordinierung haben wir eine Stabsstelle in der Staatskanzlei eingerichtet.

Programm Hessentag

Der Hessentag ist die Festwoche unseres Landes. Zehn Tage lang dreht sich beim ältesten Landesfest Deutschlands alles um Heimatverbundenheit, Brauchtum und Moderne.

Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt Firtzlar haben wir Mitte April 2024 das Programm vorgestellt. Unter dem Motto „Eine Stadt voller Leben“ erwartet die Besucherinnen und Besucher des Hessentags ein vielfältiges Programm aus Kultur,

Politik, Sport, Wirtschaft, Natur und Gesellschaft. Mehr als 1.200 Veranstaltungen hält der Programmkalender in Fritzlar bereit.

Dabei folgen wir dem Konzept ‚Hessentag der Zukunft‘. Die Menschen sollen im Vordergrund stehen. Es wird ein Hessentag der kurzen Wege mit permanentem Programm auf sieben Bühnen.